

ERNÄHRUNGSSOUVERÄNITÄT: Breite Diskussion am 1. Schweizer Forum für Ernährungssouveränität

Einigkeit, solange nichts konkret ist

Der Begriff Ernährungssouveränität hat Hochkonjunktur, und solange noch nicht klar ist, welche Ziele man mit einer souveränen, eigenständigen Agrarpolitik verfolgt, sind sich fast alle einig, dass es sie braucht.

DANIEL ETTER
STEPHAN JAUN-PFANDER

Das Thema «Ernährungssouveränität» mauserte sich jüngst zum handfesten Begriff in der Agrarpolitik: Die Bauerngewerkschaft Uniterre fordert sie schon lange als Grundlage für die internationale Handelspolitik, Bauernverbandsdirektor und FDP-Nationalrat Jacques Bourgeois möchte sie mit einer parlamentarischen Initiative im Landwirtschaftsgesetz festhalten, und die SVP hat sie sich kürzlich ins Parteiprogramm geschrieben.

Ein Begriff, viele Ideen

So breit abgestützt das Thema ist, so vielfältig sind auch die Vorstellungen, was unter Ernährungssouveränität zu verstehen ist. Dies zeigte sich am Dienstag am ersten Schweizer Forum für Ernährungssouveränität in Bern. «Der Begriff Ernährungssouveränität bedeutet mehr als das von der UNO propagierte «Recht auf Nahrung» mehr als die von Staaten angestrebte «Versorgungssicherheit» oder mehr als das Streben nach einem hohen Selbstversorgungsgrad», erklärte Uniterre-Sekretärin Valentina Hemmeler Maiga. Uniterre ist auch Mitglied der internationalen Bauerngewerkschaft La Via Campesina, die sich mit dem Begriff befasst. Diese Begriffe würden zwar eng mit Ernährungssouveränität verbunden, könnten aber nicht als Definition verwendet werden. Sondern: «Ernährungssouveränität bedeutet



Jacques Bourgeois (SBV), Hermann Dür (Handelsmühle) und Sara Stalder (Konsumentenschutz) (v.l.) zeigen, dass bei der Frage der Ernährungssouveränität die ganze Verarbeitungskette eingebunden werden muss. (Bild: Daniel Etter)

DEFINITION ERNÄHRUNGSSOUVERÄNITÄT VON LA VIA CAMPESINA

Ernährungssouveränität bezeichnet das Recht der Bevölkerung eines Landes, die Landwirtschafts- und Verbraucherpolitik selbst zu bestimmen, ohne Preisdumping gegenüber anderen Ländern. Ernährungssouveränität bedeutet:

- die lokale landwirtschaftliche Produktion zu begünstigen

und so die Ernährung der Bevölkerung sicherzustellen, den Zugang für Bauern und Landlose zu Land, Wasser, Saatgut und Krediten. Notwendig werden dadurch Agrarreformen, der Kampf gegen gentechnisch veränderte Organismen, der freie Zugang zu Saatgut und die Bewahrung des Wassers als öffentliches Gut;

- das Recht von Bauern und Bäuerinnen, Lebensmittel zu erzeugen, das Recht der Verbraucherinnen und Verbraucher, darüber zu entscheiden, was sie konsumieren und wer es wie produziert;
- das Recht der Staaten, sich vor billigen Landwirtschafts- und Nahrungsmittel-Importen zu schützen.

das Recht einer Bevölkerung oder eines Staates, für die eigene Landwirtschaft und den eigenen Nahrungsmittelsektor eine unabhängige Politik gestalten zu können.» (siehe Kasten)

Unterschiedliche Ziele

Bis zu diesem Punkt waren sich die kleinbäuerlich orientierte Uniterre mit anderen Ver-

tretern wie Jacques Bourgeois vom Bauernverband SBV und der Geschäftsleiterin der Stiftung für Konsumentenschutz, Sara Stalder, einig. Doch spätestens an der Frage, welchen Betrieben eine souveräne Agrarpolitik das Überleben sichern soll und welchen Preis dafür die Konsumenten und Steuerzahler bezahlen sollen, schieden sich die Geister.

So warfen Uniterre-Vertreter dem SBV vor, den fortschreitenden Strukturwandel und damit eine industrielle Landwirtschaft bewusst in Kauf zu nehmen, wogegen sich Bourgeois mit einem Verweis auf die ÖLN-Anforderungen und die im Vergleich zum Ausland immer noch kleinen Strukturen wehrte. Und der Tessiner Konsumentenvertreter Ma-

rio Jäggi erklärte, dass dann der Preisunterschied zum Ausland auch mit dem Konzept der Ernährungssouveränität nicht zu gross sein dürfe, weil schliesslich auch das Lebensmittelbudget einer durchschnittlich verdienenden Familie knapp sei.

Schutz der Verarbeiter

Dass zur Ernährungssouveränität nicht nur die landwirtschaftliche Produktion gehört, sondern auch die weiteren Verarbeitungsstufen, darauf machte Hermann Dür, Inhaber der gleichnamigen Mühle in Burgdorf, aufmerksam. «Wer will das Schweizer Getreide verarbeiten, wenn mit der Marktöffnung die Schweizer Mühlen verschwinden?», fragte er rhetorisch. Die kleinen Schweizer Mühlen hätten nämlich gegen die grossen, vom Staat subventionierten Mühlen in der EU keine Chance. Die Ernährungssouveränität bringe daher nicht nur für die Landwirtschaft einen Schutz, «Nein, die ganze Bevölkerung profitiert von diesem Schutz, auch wenn er sich hauptsächlich im Landwirtschaftssektor äussert», erklärte Dür. Walter Balmer, Präsident der Berner Bauernorganisation Lobag, münzte die Ernährungssouveränität in konkrete landwirtschaftspolitische Massnahmen um. «Dafür müssen wir gemeinsam den Agrarfreihandel und die WTO bekämpfen.» Denn unter solchen Abkommen könne keine eigenständige Politik mehr gemacht werden.

Schutz des Bodens

Jacques Bourgeois brachte eine weitere Sicht in die Diskussion. Er zeigte auf, dass sich das Klima ändere und die Weltbevölkerung wachse. «Langfristig werden wir zu wenig Nahrungsmittel und vor allem zu wenig Boden haben, um Nahrungsmittel zu produzieren», sagte Bourgeois. Der Boden müsse daher aus Sicht der Ernährungssouveränität unbedingt besser geschützt werden.